SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 Wissen - Manuskriptdienst

America first!
Washingtons Weltordnung
Aus der Reihe: USA (2)

Autor: Rainer Werning
Redaktion: Bettina Wenke
Regie: Günter Guben
Sendung: Donnerstag, 10. Oktober 2002, 8.30 Uhr, SWR 2
Archiv-Nr.: 051-5404

Bitte beachten Sie:
Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt.
Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Besetzung:
Sprecher
Sprecherin
Zitatorin
Zitator 1
Zitator 2
O -Töne
Musik

Zitator 2:
Aus diesen schwierigen Zeiten kann (...) eine neue Weltordnung hervorgehen: Eine neue Ära, freier von der Bedrohung durch Terror, stärker in der Durchsetzung von Gerechtigkeit und sicherer in der Suche nach Frieden. Eine Ära, in der die Nationen der Welt im Osten und Westen, Norden und Süden prosperieren und in Harmonie leben können. (...) Heute kämpft diese neue Welt, um geboren zu werden, eine Welt, die völlig verschieden ist von der, die wir kannten. Eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes das Faustrecht ersetzt (...) eine Welt, in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert.

Sprecherin:
Mit diesen Worten verkündete der frühere US-Präsident George Herbert Walker Bush, der Vater des heute amtierenden Chefs im Weißen Haus, am 11. September 1990 die so genannte *Neue Weltordnung* – auf den Tag genau elf Jahre vor den Terroranschlägen gegen das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington.

Sprecher:
Kurz zuvor hatte ein anderer US-Amerikaner einen weniger publicityträchtigen Auftritt. Am 30. August 1990 wagte es der damals 22-jährige Marinekorporal Jeff Paterson, seinem obersten Landesvater und Kriegsherrn öffentlich den Gehorsam aufzukündigen. Paterson weigerte sich, in ein Flugzeug mit dem Ziel Saudi-Arabien einzusteigen. Er war der erste Soldat, der während des Aufmarsches von US-Truppen am Golf den Kriegsdienst verweigerte, also noch zu einer Zeit, bevor die USA im Januar 1991 den Bombenkrieg gegen Irak begannen. Paterson begründete seinen mutigen Schritt:

Zitator 1:
Als Dienst habender Korporal der US-Marine wurde ich im August 1990 in den Nahen Osten beordert – der Golfkrieg stand unmittelbar bevor. Vier Jahre zuvor – ich dachte, ich wüsste mit meinem Leben nichts Besseres anzufangen – hatte ich mich in der Rekrutierungsstelle von Salinas in Kalifornien gemeldet und den Militärbeamten gesagt, sie sollten, mich dorthin schicken, wo ich am meisten gebraucht werde'. (...)
Vielleicht würde ich noch heute so wie die jungen Menschen denken, die sich gegenwärtig von der Armee anheuern lassen, wenn ich nicht vier Jahre im Marine-Infanteriekorps zugebracht hätte. Die meiste Zeit übte meine Einheit den Kampf gegen Bauern, die es wagten, ‚amerikanischen Interessen' in ihrer Heimat entgegenzutreten – speziell in Nicaragua, El Salvador, Guatemala. Ich habe schreckliche Armut in den Philippinen gesehen, von der US-Regierung subventionierte Prostituiertenringe für die Truppen in Südkorea und ungehemmten Rassismus gegenüber der Bevölkerung auf Okinawa und in Japan. Mit dieser Wirklichkeit konfrontiert, habe ich den Prozess meiner persönlichen Ent-Amerikanisierung begonnen.

Sprecher:
Die Neue Weltordnung, die Präsident Bush Senior ausmalte, sollte die Schwachen schützen und das „Gleichgewicht des Schreckens" beenden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren viereinhalb Jahrzehnte vom Kalten Krieg und der Konfrontation zwischen West und Ost geprägt. Beide Supermächte, die USA und die Sowjetunion, drückten ihren jeweiligen Einflusssphären den Stempel auf und ließen – wie in Mosambik, Angola

oder Afghanistan – notfalls blutige Stellvertreterkriege führen.

Sprecherin:
Die Machtbalance funktionierte, solange beide Seiten stillschweigend die Regel befolgten, nicht im Revier des Anderen zu wildern. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der kommunistischen Regime änderte die Sitaution. Die USA sahen sich nun als unanfechtbare Weltmacht.

Zitator 2:
Zum ersten Mal seit über fünfzig Jahren ...

Sprecherin:
frohlockt John Lewis Gaddis, Geschichtsprofessor an der Yale University und Autor zahlreicher Publikationen über die Ära des Kalten Krieges,

Zitator 2:
zum ersten Mal seit über fünfzig Jahren stellt keine Großmacht oder Machtgruppe mehr eine eindeutige Gefahr dar für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten.

Sprecher:
Um diesen Sieg dauerhaft auskosten zu können, arbeiteten Militärstrategen und Politiker in Washington umgehend Pläne aus, wie dieser Erfolg zu sichern sei. Schon 1991 veröffentlichte die Regierung von Bush Senior ihren „Base Force Review“. Im Kern beinhaltete dieses Strategiepapier Folgendes: Galt bis dahin das *„Anderthalb-Kriege-Konzept “,* das neben einem größeren Konflikt mit der Sowjetunion oder der Volksrepublik China eine begrenzte Militäroperation als machbar ihn Betracht zog, sollten fortan *zwei* größere regionale Konflikte – notfalls gleichzeitig – führbar sein. Bis zum Ende von Präsident Bill Clintons Amtszeit Anfang 2001 blieb diese Strategie gültig. Das änderte sich unter seinem Nachfolger.

Sprecher:
Den Gegnern der Vereinigten Staaten schrieb US-Präsident George W. Bush, der Sohn des Architekten der „Neuen Weltordnung“, in seiner Antrittsrede am 20. Januar 2001 ins Stammbuch:

Aus der Antrittsrede von US-Präsident George W. Bush am 20. Januar

2001

Zitator 2:
Die Feinde unserer Freiheit und unseres Landes sollten sich nicht täuschen. Amerika wird sich weiter in der Welt engagieren, freiwillig und aus historischen Gründen (...) Ohne Arroganz werden wir uns entschlossen zeigen. Wir werden Aggression und bösen Absichten mit Entschiedenheit und Stärke begegnen. Allen Nationen gegenüber werden wir für die Werte eintreten, die unsere Nation geschaffen hat.

Zitator 2:
Während des vergangenen Jahrhunderts war Amerikas Glaube an Freiheit und Demokratie ein Fels in der Brandung. Nun ist er ein Samenkorn im Wind, das in vielen Nationen Wurzeln fasst.

Sprecher:
Dann kamen in „Gottes eigenem Land“, als das sich die USA gern bezeichnen, die Anschläge vom 11. September 2001. In das Entsetzen über diese Terrorakte mischten sich tiefe Trauer, Rache- und Vergeltungsgelüste sowie nachdenkliche Stimmen. In einem Kommentar, der auch in mehreren westeuropäischen Zeitungen erschien, meldete sich unter anderem der bekannte uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano zu Wort.

Zitator 1:
Die Geißel der Welt nennt sich nun Usama bin Laden. Die CIA hatte ihm alles beigebracht, was er in Sachen Terrorismus wissen musste: Bin Laden, geliebt und bewaffnet von der Regierung der USA, war früher einer der wichtigsten ‚Freiheitskämpfer’ gegen den Kommunismus in Afghanistan. Bush Vater war Vizepräsident, als Präsident Ronald Reagan sagte, diese Helden seien ‚das moralische Äquivalent der Gründerväter Amerikas’. Hollywood stimmte mit dem Weißen Haus überein. Damals wurde *Rambo 3* gedreht – die afghanischen Muslime waren die Guten. Jetzt, dreizehn Jahre später, in Zeiten von Bush Sohn, sind sie die bösesten Bösen.

Sprecherin:
In den USA gilt der traditionsreiche Slogan *„America first“ – „Amerika* zuerst “. [Mit aller Härte wird dieses Prinzip auch gegen Kritik im eigenen Land verteidigt. Eine der Kritikerinnen war Cynthia McKinney. Die demokratische Abgeordnete aus Georgia forderte im Kongress, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Dieser solle klären, inwieweit Vater

und Sohn Bush von der Katastrophe am 11. September profitiert hätten. George Bush Senior habe nämlich, so McKinney für Public Relations-Auftritte für den weltweit größten Vermögensverwalter *Carlyle* fürstliche Honorare eingestrichen. Und mit "Carlyle" habe es eine besondere Bewandtnis. Die streitbare Cynthia McKinney begründete ihre Anfrage mit dem Hinweis auf Bushs weit verzweigte Geschäftsverbindungen, die bis nach Saudi-Arabien reichten. :

Zitatorin:
Es ist doch bekannt, dass der Vater des Präsidenten durch seine Beteiligung am Carlyle-Konzern Geschäftsinteressen mit der Baufirma der Familie Usama bin Laden teilte und bei Rüstungsfirmen engagiert ist, deren Aktienkurse seit dem 11. September dramatisch gestiegen sind.

Sprecherin:
Dieser Vorwurf brachte den konservativ-republikanischen Journalisten Jonah Goldberg zur Weißglut. In einer Talkshow beschimpfte er Frau McKinney:

Zitator 2:
Sie sind so dumm wie Kristallsalz und so ekelerregend wie Arafats seit drei Wochen nicht gewechselte Unterhosen.

Sprecher:
Ähnlichen Angriffen, sogar handfesten Attacken sieht sich auch die US-Kongressabgeordnete Barbara Lee ausgesetzt. 1999 votierte sie gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien und stimmte als Einzige im Kongress gegen Präsident Bush, als dieser dann später gegen Afghanistan losschlug. Im Land „der Freiheit und Demokratie“ steht Frau Lee nach Morddrohungen unter Polizeischutz. In Europa ehrte der „Verein Aachener Bürgerpreis“ die beherzte Bürgerrechtlerin Anfang September mit dem Aachener Friedenspreis.

Sprecherin:
Cynthia McKinney und Barbara Lee sind eine Minderheit. Politiker in Washington überlassen es Medien und Predigern, sie matt zu setzen.] So schrieb bereits im Frühjahr 1991 der einflussreiche US-amerikanische Politikberater Charles Krauthammer in der vom *Council on Foreign Relations* herausgegebenen Zeitschrift *„Foreign Affairs“* einen Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel *„Das unipolare Moment“*. Darin hieß es:

Zitator 2:
Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit (...) ist Amerikas Stärke und die Willenskraft, eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie auch durchzusetzen.

Sprecherin:
Diese Regeln schrieb elf Jahre, später nach den Anschlägen vom 11. September 2001 der neue Verteidigungsminister Donald Rumsfeld fest. Vor Offizieren an der *National Defense University* in Washington verknüpfte Rumsfeld am 31. Januar 2002 die Neue Weltordnung mit der neuen Militärdoktrin seines Landes. Bei ihm war jetzt nicht mehr wie zehn Jahre zuvor von zwei „Konflikten“ oder Kriegen die Rede, sondern von vier:

Zitator 2:
Wir müssen jetzt handeln, um auf *vier* größeren Kriegsschauplätzen die Fähigkeit zur Abschreckung zu erreichen. Wir müssen in der Lage sein, zwei Aggressoren gleichzeitig zu besiegen und dabei die Möglichkeit haben, eine groß angelegte Gegenoffensive zu starten und die Hauptstadt eines Feindes zu besetzen, um dort ein neues Regime zu installieren.

Sprecher:
Wenig später, im Februar 2002, unterrichtete Rumsfeld den Kongress, seine Regierung werde den Feldzug zur Terrorismusbekämpfung allein in Afghanistan bis mindestens Oktober 2003 weiterführen. Zugleich lehnte Rumsfeld jedoch die Unterstützung der USA für eine erweiterte UN-Friedenstruppe ab, weil – so der Verteidigungsminister wörtlich:

Zitator 2:
eine US-Beteiligung finanziell wie personell auf Kosten der amerikanischen Kriegsanstrengungen gehen (würde).

Sprecherin:
Seit Beginn des Afghanistan-Krieges haben der Wirtschaftswissenschaftler Marc W. Herold von der University of New Hampshire und sein Team akribisch sämtliche Berichte von Hilfsorganisationen und Journalisten in Afghanistan ausgewertet. Das Ergebnis ist niederschmetternd – bis Ende Juni waren etwa 3.500 zivile Kriegsopfer zu beklagen. Geradezu perfide sei es gewesen, während der ersten Welle von Luftangriffen gegen Afghanistan schwere Bomben abzuwerfen und sodann gelben Minen gelbe Nahrungsmittelpakete folgen zu lassen.
Selig S. Harrison, heute Direktor des Nationalen Sicherheitsprogramms am regierungsunabhängigen *Center for International Policy* in Washington,

beschreibt sachlich und dennoch kritisch die Wirkung der abgeworfenen CBU-87-Clusterbomben so:

Zitator 1:
Die CBU-87 ist eine (...) ‚Mutterbombe', die 202 Minibomben freisetzt, von denen jede an einem kleinen Fallschirm hängt. Diese kleinen Bomben verteilen sich über eine Fläche, die zwei bis drei Fußballfeldern entspricht. Jeder B-1-Bomber kann dreißig solcher CBU-87-Clusterbomben tragen. Bis Ende Januar 2002 hatte die US-Luftwaffe etwa 600 von ihnen über Afghanistan abgeworfen. Obwohl die Minibomben eigentlich bei der Landung explodieren sollen, kommt es in mindestens fünf Prozent der Fälle nicht dazu. Das bedeutet nach Einschätzung von Experten, dass noch etwa 6.000 nicht explodierte Bomben in der Gegend herumliegen könnten, wo sie genauso gefährlich sind wie Landminen.

Sprecherin:
Es sind tickende Zeitbomben, die auch nach den Bombenstopps ein normales Leben der afghanischen Zivilbevölkerung zunichte machen. Aus Furcht vor Explosionen müssen Felder brach liegen, Ernten bleiben aus. Schlimmer noch: Täglich werden wahllos Menschen getötet und verstümmelt. Vor allem Kinder und Jugendliche, die unbedacht mit diesen teuflischen Minibomben in Berührung kommen.

Sprecher:
Sind den USA diese Opfer gleichgültig? So jedenfalls scheint es: In einer vergleichbaren Situation – bei den Auswirkungen des Irak-Embargos nämlich – äußerte sich mit Madeleine Albright, eine hochrangige Regierungsvertreterin, zum Thema. Am 12. Mai 1996 fragte Moderator Lesley Stahl in der Fernsehshow ‚*60 Minutes'* Frau Albright:

Zitator 1:
Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder wegen der Sanktionen gegen den Irak gestorben sind. Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und – sagen Sie; ist es den Preis wert?

Sprecher:
Darauf erklärte die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen und spätere Außenministerin:

Zitatorin:
Ich glaube, das ist eine sehr schwierige Entscheidung, aber der Preis? –

wir glauben, es ist den Preis wert.

Sprecher:
Dieser ungeheuerliche Satz wurde in den führenden Medien der Vereinigten Staaten kaum zitiert. Es gab keinen Aufschrei, nicht einmal einen Einwand. Meinungsäußerungen wie die des emeritierten Wirtschaftswissenschaftlers Edward S. Herman, waren eher selten:

Zitator 1:
Das zeigt die Arbeit eines souveränen Propaganda-Systems. Die US-Regierung findet, dass der Massentod von irakischen Kindern ‚es wert' ist. Die Medien lassen das Schicksal dieser ‚wertlosen Opfer' im schwarzen Loch verschwinden und erlauben dadurch die unbehinderte Fortführung dieser Politik. Sind die Vereinigten Staaten selbst das Opfer des Terrorismus, tritt der umgekehrte Prozess in Kraft: bei diesen ‚ultra-wertvollen' Opfern inszenieren die Medien deren Leiden und Tod ausführlich und interessieren sich nicht für die tieferen Gründe, sondern nur dafür, ‚wer' es getan hat.

Sprecher:
Der Wissenschaftler fügt hinzu:

Zitator 1:
Unermüdlich rühren die Medienkonzerne die Kriegstrommel (...). Und sie werden Zeitungen verkaufen, ihre Quoten erhöhen, das ‚nationale Interesse' unterstützen, und den Rechten beweisen, dass sie echte Amerikaner sind.

Sprecherin:
Dazu einige Kostproben aus den Medien wenige Tage nach dem 11. September. Im *Wall Street Journal* vom 9. Oktober schrieb der Wirtschaftshistoriker Paul Johnson in einem Leitartikel:

Zitator 2:
Die Antwort auf Terrorismus? Kolonialismus!

Sprecherin:
Martin Wolf von der *Financial Times* forderte am 10. Oktober 2001:

Zitator 2:
Es braucht einen neuen Imperialismus.

Sprecherin:
In der *Washington Post* hieß es am 29. Oktober 2001:

Zitator 2:
Wenn wir Afghanistan stabilisieren wollen, müssen wir unsere postkolonialen Institutionen – die UNO, die Weltbank, Hilfsagenturen wie das Rote Kreuz – mit neuer imperialer Energie aufladen.

Sprecherin:
Der heutige stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul D. Wolfowitz empfahl am 14. September 2001 in der *Washington Post* gar

Zitator 2:
ganze Staaten, die den Terrorismus fördern, auszulöschen!

Sprecher:
US-Präsident George W. Bush, laut Verfassung gleichzeitig auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte seines Landes, bezieht nun auch den *„first strike“,* den „Erstschlag“, in die nach ihm benannte Doktrin ein. Offiziell verkündete er sie am 2. Juni 2002 in der renommierten Militärakademie West Point. Vor etwa 1.000 West Point-Absolventen erklärte der Präsident:

US-Präsident George W. Bush in seiner Rede vor Absolventen der Militärakademie West Point am 2. Juni 2002, in der er die nach ihm benannte Doktrin umreißt:

Zitator 2:
Der Krieg gegen den Terror wird nicht in der Defensive gewonnen. Wir müssen die Schlacht auf dem Boden der Feinde führen, ihre Pläne vereiteln und den schlimmsten Bedrohungen begegnen, bevor sie auftauchen. (...) Wir Amerikaner sind bereit, wo immer nötig, mit Präventivschlägen unsere Freiheit und unser Leben zu verteidigen.

Sprecher:
In West Point sprach Präsident Bush auch von der Bereitschaft seines

Landes, den „Krieg gegen den Terror“ in bis zu 60 Ländern zu führen. Davon müssten sich einige, so Bush, auf Nachhilfeunterricht aus den USA einstellen:

Zitator 2:
Einige Länder bedürfen besonderer militärischer Ausbildung, um den Terrorismus zu bekämpfen, und wir werden diese anbieten. Andere Staaten widersetzen sich dem Terror, aber sie tolerieren den Hass, der zu Terror führt, und das muss sich ändern.

Sprecherin:
Das Wort „Terror" ist dehnbarer geworden als jemals zuvor. Aus einst geschätzten Freiheitskämpfern werden „Terroristen" und ebenso verwandeln sich „Terroristen" über Nacht zu gefeierten Widerstandskämpfern oder respektierten Staatsmännern. „Terror“ wird zur Metapher in einer Welt, in der Washington beides gleichzeitig sein will – deren Nutznießer und ordnendes Zentrum.

Sprecher:
Innenpolitisch schürt die Terror-Debatte Ängste, mit denen die Gegner dieser Politik klein gehalten werden. Marianne Brün, Tochter des Schauspielers und Regisseurs Fritz Kortner, lebt seit Jahrzehnten in den USA. Sie schildert, wie sich das innenpolitische Klima seit dem 11. September 2001 änderte:

Zitatorin:
Mit dem „Patriot Act“ versucht man jetzt wieder eine Art McCarthyismus, eine Hetzjagd auf vermeintliche Linke wie in den fünfziger Jahren, einzuführen. Innerhalb der Regierung, im Fernsehen und auch in der Filmindustrie gelingt das auf erschreckende Weise. Mit Hilfe einer extrem rechten akademischen Organisation, unter der Führung von Lynne Cheney, der Frau des Vizepräsidenten, hat es auch schon Professoren getroffen. Studenten werden von Frau Cheneys Organisation ermuntert, ihre Professoren anzuzeigen. Im Gegenangriff haben inzwischen einige Professoren – auf lustige Weise – sich selbst angezeigt.

Sprecherin:
Seit dem 11. September wird in den USA auch öffentlich über eine Einschränkung des universell gültigen Verbots von Folter diskutiert. Barbara Lochbihler, Generalsekretärin der deutschen Sektion von *Amnesty International,* kritisierte kürzlich:

Zitatorin:
Seit Beginn der Terrorismusbekämpfung werden in den USA fundamentale internationale Menschenrechtsstandards zunehmend missachtet. Neue Sicherheitsgesetze und –erlasse erlauben die wochenlange Inhaftierung von ausländischen Staatsbürgern, die der Terrorismusunterstützung verdächtigt werden, ohne Anklageerhebung. Über 1.200 Menschen wurden aufgrund dieser Gesetze festgenommen.

Sprecherin:
Bedenklich, so Barbara Lochbihler, sei insbesondere eine Verfügung von Präsident Bush:

Zitatorin:
Terrorismusverdächtige Ausländer (können) vor eigens eingerichtete Militärtribunale gestellt werden, die geheim verhandeln, die die Todesstrafe verhängen dürfen und Berufungen nicht zulassen, somit also in keiner Weise den Grundsätzen fairer Gerichtsverfahren entsprechen.

Sprecher:
Internationalen Rechtsstandards will sich die Bush-Administration auch an anderer Stelle nicht unterordnen. Seit dem 1. Juli 2002 ist nach langen zähen Verhandlungen das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes offiziell in Kraft. Ab Anfang 2003 soll dieser Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgen. Dies allerdings nur dann, wenn sich die nationalen Gerichte in den Ländern, aus denen die potentiellen Angeklagten stammen, als unfähig oder als nicht willens erweisen, sie zu ahnden.

Sprecherin:
Selbst diese Regelung ging der Bush-Regierung zu weit. Auf ihren massiven Druck hin knickte der Weltsicherheitsrat am 12. Juli 2002 ein und stimmte einer begrenzten, ein Jahr lang geltenden Immunität für US-Bürger in UN-Einsätzen zu. Washington graut vor dem Gedanken, US-amerikanische Staatsbürger könnten im Ausland vor Gericht zitiert werden, und es befürchtet politisch motivierte Verfahren.

Sprecher:
In den Jahren 1990 und 1991 hatte George Bush senior verkündet, er wolle eine Welt, in der die Nationen in Harmonie leben können, in der das Gesetz und nicht das Faustrecht herrsche. Und zehn Jahre später versprach sein Sohn, die USA würden entschlossen handeln, aber ohne

Arroganz. In der Realität aber stößt die Regierung in Washington auch befreundete Staaten seit Jahren immer wieder vor den Kopf, wobei George Bush junior amerikanische Interessen noch rücksichtsloser vertritt als Bill Clinton.

Sprecherin:
So stornierte die US-Regierung vor einigen Wochen die Zahlung von 24 Millionen Dollar an den Bevölkerungsfonds der UN, weil damit angeblich die Abtreibungspolitik in China gefördert werde. George Bush sorgte auch dafür, dass leitende UN- Mitarbeiter abberufen wurden, weil sie ihm nicht USA freundlich genug waren. Dazu gehörte Robert Watson, Vorsitzender des UNO-Wissenschaftsrates zum Klimawandel. Die Ölfirma Exxon-Mobil intervenierte im Weißen Haus und erreichte, dass Watson gehen musste. Für William Schulz, Direktor der US- amerikanischen Sektion von Amnesty International, war das:

Sprecher:
Ein neuer Tiefpunkt in Sachen Isolationismus und Sonderstellung.
Die „Süddeutsche Zeitung“ zitierte in diesem Zusammenhang einen EU – Diplomaten:

Zitator 1:
Früher hatten wir es mit kommunistischen Apparatschiks zu tun und heute mit unilateralen Überzeugungstätern.

Sprecherin:
Überzeugungstäter sind die USA auch in Fragen der Ökologie. Sie stellen zwar nur fünf Prozent der Weltbevölkerung, verantworten aber 25 Prozent des globalen Ausstoßes an Kohlendioxyd. In der japanischen Stadt Kyoto hatten sich 1997 die Industrieländer – einschließlich der Vereinigten Staaten zum Klima-Schutz bereit erklärt. Im sogenannten Kyoto-Protokoll hatten sie vereinbart, die Schadstoffemissionen bis 2012 unter den Stand von 1990 zu verringern. Die USA lehnten dann aber nach dem Amtsantritt von George W. Bush die Vereinbarung ab mit der Begründung, sie vernichte Arbeitsplätze und schade der amerikanischen Wirtschaft.

Sprecher:
Ähnlich handelten die USA mit ihrem neuen Agrargesetz. Dieses sieht in den kommenden sechs Jahren eine erhebliche Erhöhung der Subventionen für die eigenen Farmer vor. Früher hatte Washington aber stets einen Subventionsabbau verlangt, insbesondere von der Europäischen Union. Zugleich verpflichtete sich Washington, die jährlichen

Hilfen für seine Farmer zu senken. Was nun aber geschah, war das Gegenteil. Die deutsche Landwirtschaftsministerin Renate Künast warf Bush deshalb rücksichtsloses Verhalten gegenüber den Entwicklungsländern vor, denn arme Länder wie etwa Burkina Fas hätten es nun sehr schwer, mit den subventionierten US-amerikanischen Produkten auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Auch der brasilianische Botschafter in den USA, Rubens Antonio Barbosa, warf der US-Regierung politische Heuchelei vor:

Zitator 1:
In den USA blockiert ein Arsenal von Handelsbarrieren die Einfuhr von achtzig brasilianischen Produkten, darunter Zucker, Schuhe, Orangensaft.

Sprecherin:
Darüber hinaus schotten die USA ihre Stahlindustrie vor Importen aus dem Ausland ab- ein weiterer Bruch der Bestimmungen der Welthandelsorganisation, die ja die Liberalisierung und freie Märkte auf ihre Fahnen schreibt.

Sprecher:
„Die normalen Regeln sind außer Kraft gesetzt“, so kritisiert der frühere Marinekorporal Jeff Paterson die Politik seines Heimatlandes. Wie 1990, als er mit 22 Jahren den Kriegsdienst verweigerte und seinen aufsehenerregenden Schritt öffentlich begründete, ist er elf Jahre später wieder an die Öffentlichkeit getreten. Als Aktivist der US-amerikanischen Antikriegsbewegung verfasste er kurz nach dem 11. September 2001 einen Appell „An Soldaten, zukünftige Soldaten und die übrige Jugend“. Darin hieß es:

Zitator 1:
Während wir trauern, kündigen sie bereits an, die normalen Regeln gelten nicht mehr’ – was heißt: jetzt ist die Zeit gekommen, um abzurechnen – sie verkünden auch: ‚Die Nation ist geeint, wir haben einen Blankoscheck für unser Handeln’ – was heißt: abweichende Meinungen werden ignoriert oder unterdrückt, je nach Bedarf.

Sprecher:
Jeff Paterson schloss seinen Appell mit den Worten:

Zitator 1:
Weniger denn je sind die Leute auf dieser Welt vor den USA sicher, und

die Menschen in den USA selber sind vor den USA nicht sicher.

*** * * * ***

Auswahlbibliographie

*** Willi Paul Adams/Peter Lösche (Hg.)** unter Mitarbeit von Anja Ostermann: *Länderbericht USA - Geschichte, Politik, Geographie, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Bonn 1998 (3., akt.& neu bearbeitete Aufl.), hg. als Band 357 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung
– Ein informatives, vielseitiges & um Objektivität bemühtes Nachschlagewerk

*** Chalmers Johnson:**
Blowback – The Costs and Consequences of The American Empire, New York 2000
– Der US-amerikanische Politikwissenschaftler, u.a. Mitbegründer des *Japan Policy Research Institute*, sieht sein Land schrittweise die Weltherrschaft verlieren. Er zeigt darin u.a., auf welche „Freunde“ die USA in der Vergangenheit setzten, die sich jetzt vehement gegen sie richten. Pikant ist dieses Buch auch deshalb, weil sein Autor keinen Hehl daraus macht, eine Zeitlang dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA zugearbeitet zu haben.

*** *Le Monde diplomatique*** (verschiedene Ausgaben seit Oktober 2001):
- Die deutschsprachige Ausgabe dieser Monatszeitschrift wird hg. von und erscheint in Deutschland in *"die tageszeitung"* (taz/Berlin) und in der Schweiz in *"Die WochenZeitung"* (WoZ/Zürich). Sehr informativ mit jeweils längeren Reportagen und Analysen auch und gerade zum Thema US-Außen-/Sicherheitspolitik aus der Feder europäischer sowie amerikanischer Autoren. Kurzum: investigativer Journalismus at its best.

*** *Foreign Affairs*** (verschiedene Ausgaben seit 1990):
- Die Zeitschrift wird hg. vom *Council on Foreign Relations* (CFR) New York. In ihr kommen hochrangige Vertreter – einschließlich ehemalige und amtierende US-Regierungsrepräsentanten – aus Politik, Wirtschaft und dem Militär zu Wort. Der CFR versteht sich als eine Art „think tank“ (Denkfabrik) US-amerikanischer Außen- und – Sicherheitspolitik. Sehr nützlich zum Verständnis der Weltsicht „der Oberen“, zumal die Ausgaben von *Foreign Affairs* häufig Kostproben dessen liefern, was im anglo-amerikanischen Sprachraum mit „straight from the horse’s mouth“ – „direkt aus dem Pferdemaul“ – bezeichnet wird.

*** James H. Hatfield:**
Das Bush-Imperium. Wie George W. Bush zum Präsidenten gemacht wurde, Bremen 2002
- Der Autor heftete sich seit langen an die Fersen der Bushs, um deren Interessen in Politik und vor allem Wirtschaft nachzuspüren – spannend für die Leserschaft, für den Autor jedoch nicht ohne Blessuren, da er mehrfach Klagen abwehren musste. Das Vorwort zu diesem Band stammt von dem Schweizer Soziologen Jean Ziegler.

**** Einige empfehlenswerte Bücher von Professor Noam Chomsky wie z.B.:***
War Against People - Menschenrechte und Schurkenstaaten; **Profit Over People** - Neoliberalismus und globale Weltordnung; **The Attack** - Hintergründe und Folgen sowie Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung - Medien, Demokratie und die Fabrikation von Konsens (Ko-Herausgeber mit M. Achbar).
- Chomsky, international bekannter Linguist am renommierten *Massachusetts Institute of Technology (MIT),* ist seit dem Vietnamkrieg einer der beharrlichsten, vehementesten und eloquentesten Kritiker der Außen- und Sicherheitspolitik seines Landes. Gleichzeitig setzte er sich auch mit seiner Zunft, Intellektuellen und Wissenschaftlern, auseinander, deren großenteils staatsapologetische Haltung er als Ausdruck eines „modernen Mandarinats" kritisierte. Gemeinsam mit Leuten wie Edward S. Herman, Howard Zinn, Michael T. Klare et al. ist Chomsky auch ein regelmäßiger Autor & Kommentator des in Boston erscheinenden *Z Magazine*. Dort befindet sich mit der *South End Press* zudem einer der profiliertesten linken Verlage in den USA.

*** Werner Biermann/Arno Klönne:**
Ein Kreuzzug für die Zivilisation? Internationaler Terrorismus, Afghanistan und die Kriege der Zukunft, Köln 2002
- Dieses aktuelle, gut recherchierte & solide politische Sachbuch der beiden Paderborner Soziologen enthält u.a. zahlreiche, doch mit Bedacht eingesprenkelte hintergründige Kurzinfos zum Thema sowie Statements bzw. Zitate der Protagonisten – Kriegsbefürworter wie -gegner. Empfehlenswert wegen seiner kurzen historischen Skizze weltweiter US-amerikanischer Interessenpolitik und nützlich hinsichtlich der (Vor-)Geschichte des „Feldzugs gegen das Böse".

*** Rainer Werning:**
Die „Anti-Terror"-Strategie in Südostasien, in: Wissenschaft & Frieden Nr. 3/02, Marburg 2002
- Im Januar 2002 wurde in den Philippinen, der einzigen und einstigen US-Kolonie in Südostasien, unzeremoniell die „zweite Front im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus" eröffnet. Erklärtes Ziel der Regierungen in Washington und Manila ist die Zerstörung der durch Kidnapping und Lösegelderpressung in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Gruppe der „Abu Sayyaf" (Vater des Scharfrichters). Strategisch geht es um mehr: In der an Rohstoffen überaus reichen Region Südostasien, wo gleichzeitig der weltweit größte Teil der Muslime lebt (Indonesien, Malaysia, Brunei, Südthailand & Südphilippinen), sollen durch die Zerstörung tatsächlicher oder fiktiver Ableger des *al Qaida*-Netzwerks von Usama bin Laden die jeweiligen politischen Regime protegiert, innenpolitischer Dissens möglichst matt gesetzt und die wirtschaftlichen und militärstrategischen Interessen der USA gesichert werden. Denn der Region Südostasien/Ostasien/Pazifik gilt erklärtermaßen der Hauptfokus gegenwärtiger US-Militärstrategie.

**** Wissenschaft & Frieden*** (verschiedene Ausgaben seit dem Jugoslawien-Krieg 1999):
Diese relativ kleine, doch feine in Bonn redaktionell betreute und in Marburg hg. Quartalszeitschrift publiziert sehr empfehlenswerte Aufsätze, luzide Essays/Kommentare und lehrreiche Dossiers zum Thema Krieg & Frieden. Die Autorinnen und Autoren sind kritische Wissenschaftler & Intellektuelle, Vertreter der Friedensbewegung sowie engagierte Gewerkschafter und Künstler/Schriftsteller.

* * *